



# Solidarität

## Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Preis vierteljährlich 8,- Mk. — Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 2,- Mk., Tages- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanklagen nehmen Abonnements an. Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Für die Woche vom 6. bis 12. März 1921 ist die Beitragsmarke in das mit 11 bezahlte Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

### Witteilungen des Verbandsvorstandes

Die Zahlstelle Raumburg a. G. hat den Ortsbeitrag auf 50 Pf. erhöht.

Die Zahlstelle Hof erhebt ab 1. März einen Lokalbeitrag von 20 Pf.

Für die Mitglieder der Zahlstelle Gurlitz beträgt ab 10. Beitragswoche der Ortszuschlag 60 Pf. für alle Klassen.

Die Zahlstelle Lahr hat beschlossen, ab 1. Januar d. J. einen Lokalbeitrag von 20 Pf. einzuführen.

Die Zahlstelle Neubann hat die Erhöhung des Ortsbeitrages auf 30 Pf. beschlossen.

Der Verbandsvorstand erteilt hierzu seine Genehmigung.

Der Verbandsvorstand.  
S. K.: G. P u c h e r, 1. Vorsitzender.

### Kommunistische Zerstörungsarbeit in den graphischen Verbänden

Die „Erfolge“ der Gewerkschaftsschlingel in Halle, die dort bereits den Bezirksverein des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter der „Freien Arbeiterunion“ ausgeliefert haben, lassen auch die Kommunisten in den graphischen Verbänden nicht ruhen. In einem „An die kommunistischen Fraktionen in den graphischen Gewerkschaften“ gerichteten Rundschreiben, das in Nürnberger Betrieben unseres Gewerbes zirkulierte, werden die Anhänger der Reichsgewerkschaftszentrale der V. R. P. D. aufgefordert, systematischer und besser nach den von der kommunistischen Partei aufgestellten Richtlinien zu arbeiten. Bisher sei das noch nicht recht möglich gewesen, weil die organisatorische Unterstützung der Partei gefehlt habe. Eine Zentrale der kommunistischen Fraktion in den graphischen Gewerkschaften habe sich gebildet, die aus je zwei Vertretern der vier Fachverbände (Buchdrucker, Buchbinder, Stillschreiber und Steinbruder) bestehe.

Ueber den ersten Aufbau dieser Fraktion sind sieben Punkte aufgestellt, die zur Beachtung empfohlen werden. Mit welchen Mitteln diese „Gewerkschaftsstrategen“ da arbeiten wollen, geht schon aus dem ersten Absatz hervor, der von den U. S. P.-Kollegen handelt:

Eine der im Augenblick wichtigsten Fragen unserer Gewerkschaftsarbeit ist die Stellung zur U. S. P., deren Opposition sich vielfach bei uns noch nicht so augenfällig als inhaltlos und fadenstichig erwiesen hat, wie in den meisten anderen Gewerkschaften. Wir dürfen von den U. S. P.-Leuten innerhalb der bisherigen sogenannten „Opposition“ keine Trennung vornehmen wegen theoretischer Differenzen, wie in der Frage der Dritten Internationale.

Wir müssen mit den ehrlichen U. S. P.-Oppositionellen zusammenarbeiten, solange es sich mit unseren Grundsätzen verträgt. Die Trennung darf nur erfolgen, wenn wir die Unabhängigen infolge offenen Verrats oder grober Fehler bei der praktischen Arbeit in den Gewerkschaften vor den breiten Massen der Mitglieder bloßstellen können und müssen. Wo deshalb noch eine unkompromittierte „Gesamtopposition“ besteht, müssen sich unsere Genossen weiter daran beteiligen unter Führung unserer Grundsätze und unserer Handlungsfreiheit. Sollte in einem solchen Falle die Leitung in Händen der U. S. P. liegen und dieselbe noch mit einem „Graphischen Woch“ in Verbindung stehen, so ändern man an diesem Zustande vorläufig nichts. Die V. R. P.-Genossen müssen in diesem Falle selbstverständlich gesondert mit uns in Verbindung treten, unter Umständen ohne Wissen der U. S. P.-Kollegen.

Das heißt also, solange die U. S. P.-Kollegen willig die Geschäfte der V. R. P. D. betreiben und gegen die Maßnahmen der Moskauer Jesuiten nichts einwenden wollen, soll man sie ungestört gewähren lassen, sie allerdings unter scharfer Kontrolle stellen. Die Verbindung mit der Zentrale halten „selbstverständlich“ nur die Kommunisten aufrecht, was dort ausgedrückt wird, geht die andern nichts an. Wo sind wir die Handlanger, stellen als

„unaufgeklärt“ und „gegenrevolutionär“ und dürfen höchstens mit ausführen, was im Rate der Weisen um Brandler und Genossen beschlossen wird. Diese niederträchtige Art, in der man Kollegen für die politischen Ziele der Moskauer in den Gewerkschaften behandeln und ausnützen will, kennzeichnet die ganze Verlogenheit der kommunistischen Quertreiber, die ständig mit der Lüge über die Verbandsverbände hausieren geben, die Gewerkschaftsbürokratie trete das Mitbestimmungsrecht der Mitglieder mit Füßen und handele selbstherrlich nach eigenem Gutdünken. Aus der hier empfohlenen Arbeitsmethode ist klar ersichtlich, daß maßgebend nicht berufliche Interessen der Mitglieder, sondern die von der kommunistischen Parteileitung befohlenen Richtlinien für die Tätigkeit in den Gewerkschaften sein sollen. Das geht auch aus folgenden, dem Organisationsplan angehängter kurzer Erklärung hervor, was man unter „Propaganda-Ausschuß“ eigentlich zu verstehen hat:

Die Beibehaltung der Bezeichnung „Propaganda-ausschuß für den graphischen Industrieverband“ bedeutet nicht etwa die Beschränkung auf die Propaganda des Industrieverbandes. Vielmehr erfolgt unsere Arbeit im Sinne der gewerkschaftlichen Richtlinien der V. R. P. D.

Damit gibt man zu, daß die Bezeichnung „Propaganda-Ausschuß“ ein falsches Außenglied, ein Ader für Dumme ist, denen man glauben machen will, man erstrebe die Schaffung des Graphischen Industrieverbandes. Das ist Nebenjade. Solche „Beschränkung“ legt man sich nicht auf. Man will nur im Sinne der Moskauer Leitlinie für kommunistische Arbeit in den Gewerkschaften wirken. Ob die Mitglieder davon einen wirtschaftlichen Nutzen haben, ist vollkommen gleichgültig. Der Befehl von Moskau ist heilig.

Da die Kommunisten Ziel und Wesen der Gewerkschaften höher stellen als ihre Form, dürfen sie in der Gewerkschaftsbewegung nicht vor einer Spaltung der Gewerkschaftsorganisationen zurückweichen, wenn der Verzicht auf die Spaltung gleichbedeutend sein würde mit dem Verzicht auf die revolutionäre Arbeit in den Gewerkschaften und mit dem Verzicht, aus diesen ein Werkzeug des revolutionären Kampfes zu machen. (Leitlinie und Statuten der Kommunistischen Internationale, Seite 53.)

Nach dieser klar ausgesprochenen Absicht, die Gewerkschaften zu gerätümmern, wenn es nicht möglich ist, sie zu kommunistischen Parteiverbänden „umzuformen“, wissen wir auch, welchen Sinn die gewerkschaftlichen Richtlinien der V. R. P. D. haben, den zu erfüllen der sogenannte Propaganda-ausschuß für den graphischen Industrieverband sich seine „Beschränkung“ auferlegt. Seine Anhänger werden und müssen nach dem halbeschen Beispiele handeln, denn das sollte ihnen doch heute schon klar sein, daß die Mehrheit der Mitglieder in den graphischen Verbänden niemals nach der Moskauer Pfeife tanzen und die kommunistischen Reformversuche energisch zurückweisen werden.

Die anderen Punkte des Rundschreibens behandeln den Aufbau der kommunistischen Organisation in den graphischen Verbänden. Innerhalb der Berufsverbände sollen gesondert Fraktionen gebildet werden, die direkt in einem Aktionsausschuß zusammengefaßt werden. Diese wieder sind sich in einer Bezirkszentrale vereint, angeleitet nach der Gemeinteilung der vier Verbände. Das Ganze erhält dann in der Reichszentrale seine Spitze, die in Berlin ihren Sitz hat. Bemerkenswert dabei ist, daß eine Verbindung mit den Steinbrüdern bisher noch gefehlt hat. Auf deren Veranlassung soll daher besonders geachtet werden. Die notwendigen Gelder müssen durch Sammlungen aufgebracht werden, eine vierseitige Herausgabe des „Graphischen Woch“ ist geplant. Eingehende Berichte über die „Arbeit und Erfolge“ der Fraktionen und die Einberufung der letzten Jahresberichte der einzelnen Gauleitungen der vier Verbände werden umgehend verlangt. Wie gearbeitet werden soll, zeigt folgender Absatz:

Im Buchdruckgewerbe sind überall Anträge auf Rindigung der Teuerungszulagen zu stellen zu dem frühesten Termin, der nach den tariflichen Vereinbarungen möglich ist.

Damit ist also innerhalb der graphischen Verbände eine besondere Organisation geschaffen, die die maßgebenden und von der Mitgliedschaft und den Verbands-generalsammlungen eingeleiteten Verbandsinstanzen nicht anerkennt und von außerhalb der Organisation stehenden Pressen ihre Tätigkeit in den Berufsverbänden vorzugsweise bekommt. Sie geben ja offen zu, ihre Arbeit erfolgt nach den gewerkschaftlichen Richtlinien ihrer politischen Partei. Der Absatz über die Rindigung

der Teuerungszulagen beweist außerdem, daß sie unbekümmert um die wirtschaftlichen und organisatorischen Verhältnisse der graphischen Arbeiterkraft nur zu dem Zwecke „revolutionärer Propaganda“ tätig sein wollen. Ob die Rindigung eines Lohnabkommens im Interesse der Berufsangehörigen liegt, ist ihnen vollkommen gleichgültig. Auf kleine pekuniäre Erfolge geben sie wenig, sie gehen aufs Ganze, die Vernichtung des Kapitalismus im Sanbumbrechen prophezeien sie ihren Gläubigen, wenn nur erst die verfluchten Verbandsverbände und Bonzen weggejagt sind und an ihrer Stelle aufrichtige Klassenkämpfer kommunistischer Ueberzeugung, das heißt, wenn sie selbst dort sitzen.

Es wird nötig sein, im Zusammenhange mit der kommunistischen Fraktionsbildung in den graphischen Verbänden auf den in Nr. 5 der „Solidarität“ veröffentlichten Aufruf des Verbandsvorstandes an die Mitglieder des Verbandes hinzuweisen, damit sich diejenigen über die Folgen einer etwaigen Wirksamkeit in dieser Fraktion nicht täuschen, die gewillt sind, eine führende Rolle in den kommunistischen Orts- und Bezirksvereinen innerhalb unseres Verbandes zu übernehmen. Von unserer Verbandsleitung wird nämlich dort in Ausführung des Beiratsbeschlusses vom 9. Januar deutlich gesagt:

Verbandsmitglieder, Funktionäre und Angestellte des Verbandes, die im Auftrage dieser Kommission (Propaganda-ausschuß) zur Durchführung kommunistischer Ziele in unserem Verband Versammlungen einberufen, Geldsammlungen veranstalten, an Kongressen und Versprechungen der kommunistischen Gewerkschaftsfraktion teilnehmen und sich dort zur Durchführung von Beschlüssen verpflichten, die die Geschlossenheit des Verbandes zu schaden geeignet sind, werden aus dem Verbands ausgeschlossen.

Der Hinweis an dieser Stelle und in diesem Zusammenhang ist durchaus notwendig, da manche unserer Verbandskommunisten sich so stark und gewaltig fühlen, daß sie den Beirats- und Vorstandbeschlüssen nur als leere Drohung ansehen und nicht glauben wollen, daß die Organisation wirklich auf ihre geschätzte Mitarbeit verzichten könne. Wir wollen hierbei gleich noch etwas weiter gehen und die am 21. Januar in Berlin angenommene Resolution Krummrei auf ihren wahren Wert zurückführen. Dort wurde bekanntlich beschlossen (Berliner Bericht in Nr. 6 der „Solidarität“), einen Delegierten zum Gewerkschaftskongress in Moskau zu „informativem Zweck“ zu entsenden. Die Entscheidung steht natürlich nur auf dem Papier. Verbandsmitglieder werden diesen Kongress nicht besuchen, und die Zahlstelle oder Zahlstellenseitung, die diese Delegation ausführt, stellt sich außerhalb des Verbandes. Nach Sinn und Inhalt der Beschlüsse von Beirat und Vorstand kann eine andere Auffassung nicht möglich sein. Unbekümmert um das Geschrei und die böswilligen Verdrehungen in der kommunistischen Tagespresse, die Gewerkschaftsbürokratie wolle durch den Ausschluß der Kommunisten die Verbände zerstören, wird die verantwortliche Organisationsleitung der Wähl- und Zerstörungsarbeit gewissenloser kommunistischer Fanatiker und Zwergeranten mit den gegebenen staatsrechtlichen Mitteln Einhalt gebieten.

Dem erwähnten Rundschreiben ist noch eine „Anweisung für die Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften“ beigegeben. Wenn die Kommunisten von Arbeit in den Gewerkschaften reden, so verstehen sie darunter nicht etwa die Tätigkeit, die alte Gewerkschafter bereits jahrelang zur Hebung der wirtschaftlichen und beruflichen Verhältnisse ausgeübt haben. O nein, diese Art von Tätigkeit ist ihnen zu gering, augenblickliche wirtschaftliche Erfolge und kleine Lohnverbesserungen haben für sie keinen Wert. Damit kann, wie sie meinen, niemand geholfen werden. Sie wollen daher hinaus und erstreben Lohnbewegungen, Arbeitszeinstellungen der wichtigsten Arbeitergruppen (Werkschreiber, Verleiher, Beamte), die sich zu „Katastrophen für den Bestand des kapitalistischen Staates auswirken“ sollen. „In diese Bewegungen anzuschließen, sie zu großen Massenaktionen in diesem revolutionären Sinne auszugestalten, das ist die Aufgabe der Kommunisten.“ Was dann kommen soll, darüber schweigen sich diese Strategen vorläufig aus. Zuerst muß das Verheben vernichtet werden, so meinen sie, dann werden sie uns wie weilsand Wilhelm der Friesfertige herrlichen Zeiten entgegenführen.

Ihre Tätigkeit als Gewerkschafter lassen sie so auf: Der kommunistische Gewerkschaftszentrale ist laufend zu berichten über die Entwicklung der kon-

munftlichen Bewegung in den Gewerkschaften, über Maßnahmen der Zentralverbände und deren Bezirks- und Ortsleitungen gegen die Kommunisten. Die Betriebsfraktionen werden sich nach Verbänden und darüber hinaus nach Industriegruppen zusammenschließen müssen. Die Fraktion des Betriebes hat die Aufgabe, zu allen Betriebsfragen Stellung zu nehmen, Propaganda unter den nichtkommunistischen Arbeitern des Betriebes zu entfalten und danach zu streben, die Betriebsräte und die Vertrauensfunktionäre der Gewerkschaften mit zuverlässigen Kommunisten zu besetzen. In den Fraktionsitzungen ist zu allen Verbandsangelegenheiten bzw. zu allen Angelegenheiten der Industriegruppe Stellung zu nehmen und den Mitgliedern aufzugeben, überall im kommunistischen Sinne zu wirken. Das Ergebnis der Beratungen dieser Versammlungen ist in Anträgen und Resolutionen zu formulieren. Vor jeder Verbandsversammlung muß die kommunistische Gewerkschaftsfraktion zusammenzutreten; sie bestimmt die Redner, die in den Verbandsversammlungen im Auftrage der Kommunisten sprechen sollen und macht allen Kommunisten strenge Fraktionsdisziplin zur Pflicht.

Nach dieser Anweisung arbeitet die „Propaganda-Kommission“ in unserem Verbandsbereich seit einiger Zeit. Kollege Kaufmann konnte darüber in Nr. 6 der „Solidarität“ interessante Einzelheiten mitteilen. Ihr Zweck ist vollkommen klar. Da ihnen das Verbleiben in den deutschen Gewerkschaften nur so lange gestattet ist, wie sie ihre Tätigkeit für die Auslieferung der Gewerkschaften an die kommunistische Partei ungestört und mit Erfolg ausüben können, dürfen sie vor einer Zertrennung unseres Verbandes nicht zurücktreten, ja, sie sind im Behinderungsfalle zur Spaltung unseres Verbandes verpflichtet.

Was von unserm Verbandsvorstand in seinem Aufruf über die verbandswidrige Tätigkeit der Anhänger der „Propaganda-Kommission“ schon gesagt wurde, kann hier nur wiederholt werden. Jedes weitere Wort würde die Bedeutung des Wahrspruches an die Kollegen und Kolleginnen nur abschwächen. Unternehmern und gegnerische Verbände seien mit stillen Bedauern dem Treiben der Kommunisten in den Gewerkschaften zu Erie hoffen, daß es den Kommunisten gelingen wird, die Verbände zu zerrüttern. Wir aber hoffen, daß der gesunde Sinn unserer Mitgliedschaft das beste Bollwerk gegen die kommunistischen Verschwärze ist. Welt überall in Betrieben und Versammlungen diese Schreier und Abtrünnigen zurück, von denen keiner über gewerkschaftliche Erfahrung verfügt, die erst seit der Revolution recht wußten, daß sie organisierte Arbeiter sind. Macht ihnen keine Zugeständnisse. Glaubt ihnen nicht, sie sind zur Anwendung von List, Verschlagenheit und Lüge verpflichtet. Wer die wirtschaftlichen Erfolge des Verbandes sichern und halten will, muß jede Gemeinschaft mit diesen Verbandserschälungen ablehnen.

**Zur parteipolitischen Neutralität der Gewerkschaften**

In der „Solidarität“ wurde vor kurzem vom Zentralvorstand die Frage der parteipolitischen Neutralität erwähnt. Dieser wichtigen Angelegenheit muß eine besondere Bedeutung im Zeitabschnitt der parteipolitischen Zerrissenheit des Proletariats beigemessen werden. Dabei ist aber zu bedenken, daß es für eine Partei äußerst wichtig ist, ihren Einfluß in jeder Situation zur Geltung zu bringen und zu verfestigen. Bei objektiver Anerkennung dieser Tatsache darf jedoch nicht vergessen werden, daß es für die Gewerkschaftsbewegung noch viel wichtiger ist, darüber zu wachen, daß das an sich wohl berechtigete Bestreben der Parteien, ihre Machtpositionen auszubehnen und zu besetzen, nicht auf Kosten der Vernichtung der Einheitsfront der Gewerkschaften geschieht.

Wie liegen aber jetzt die Verhältnisse in den Betrieben? Der dort bestehende Zustand gibt jedem überzeugten Gewerkschaftler Ursache, besorgt zu sein! In den meisten Betrieben sind durch die dort Beschäftigten mehrere sozialistische Parteien vertreten. Diese Tatsache bewirkt es, daß die Parteien an Ort und Stelle, also im Betrieb, ihren Einfluß nicht nur zu verfestigen trachten durch fleißige mündliche und schriftliche Propaganda, die sich auf die Kraft ihrer Ideen aufbaut, sondern sie wenden auch sehr oft eine noch einfachere Methode an, um ihr Ziel zu erreichen. Diese Methode besteht darin, daß man sich des Vertrauenspersonen-Apparates mit ganz eigenartigen Mitteln bedient, wie sie kürzlich bei der Neuwahl der Vertrauenspersonen in der Reichsbruderei zur Anwendung gekommen sind. Man kann im Zweifel darüber sein, ob die vorigen Vertreter der kommunistischen Partei aus Klugheit oder Besorgtheit gehandelt haben, um ihre schwache Position durch entsprechendes kräftige Markierung zu festigen und bei der Belegschaft genügend starken Einfluß zu gewinnen. In der Hilfsarbeiter-Versammlung der Reichsbruderei am 27. Januar wurde der Antrag eingebracht und auch angenommen, daß jede Vertrauensperson einer sozialistischen Partei angehören muß. Dagegen wurde der Antrag auf Urabstimmung darüber nicht nur abgelehnt, sondern man ließ nicht einmal die Begründung dieses Antrages zu, obwohl er von je einem Kollegen der S. P. D. und der U. S. P. D. sowie von zwei Kollegen der Gruppe der „parteilosen Sozialisten“ unterzeichnet war. In dieser Versammlung war also das parteipolitische Element in der Mehrheit. Diese Kollegen sehen schon darin eine große Gefahr für ihre Partei, wenn einer oder gar mehrere parteilose Sozialisten in den Vertrauenskörper hineingewählt werden. Die parteipolitische Vorangenenommenheit geht also so weit in der deutschen Arbeiterbewegung, daß man sich mit einem monatlichen Beitrag nicht nur eine sozialistische Weltanschauung kaufen kann, sondern auch noch

bescheinigt bekommt, daß man ein fix und fertiger Gewerkschaftler ist.

Daß diese geschilderten Vorgänge die Wahrheit der parteipolitischen Neutralität bedeuten, wird wohl niemand behaupten wollen, denn diese Art der Stellungnahme zur Wahl des Vertrauenskörpers des Verbandes ist eine Verletzung der parteipolitischen Neutralität schlimmster Art. In dieser Weise die wichtigsten Ehrenämter des Verbandes zu besetzen, läuft auf ein Wettlaufen der Parteien im Rahmen des Verbandes hinaus. Unsere Organisation wird so die Kennbahn der Parteien. Es gibt kuckhafte Mitglieder unter uns, die über die Parteistreitigkeiten hinwegsehen wollen und gegen politische Meinungsäußerungen nichts haben, wenn sie im Geiste der Grundsätze des Sozialismus und unter gegenseitiger Beachtung der Regeln des parlamentarischen Anstandes sowie mit respektvoller Würdigung der geistigen Gehaltsseite der gegnerischen Argumentation ausgetragen werden. Aber leider ist dem nicht so. Man wendet alle verfügbaren Mittel der Demagogie an und verkehrt die Regeln der Geschäftsordnung, um seinem Meinungsgegner so viel wie möglich die Verleumdung unmöglich zu machen. Demnach ist es also nicht der Geist einer freien Erkenntnis, der die Kollegenschaft in gegensätzlicher, geistiger Bewegung hält über die das Proletariat so sehr berührende Frage des gangbarsten Weges zum Sozialismus, sondern leider die geistig sehr arme Methode der Demagogie und der Wichtigtuerei der üblichen Regeln des parlamentarischen Anstandes sind die Mittel zur Niederhaltung der gegnerischen Richtung. Diese Lastfrage geht recht klar und eindeutig aus dem geschilderten Vorgang hervor, der sich in dieser Hilfsarbeiter-Versammlung der Reichsbruderei abgespielt hat.

Nun werden ja in Deutschland und vor allen Dingen in Berlin die Verhältnisse in den großen Buchdruckereien ähnlich so liegen wie in der Reichsbruderei. Ob sie sich aber schon soweit „ausgereift“ haben wie in diesem Reichsbetrieb, entzieht sich der Kenntnis der Kollegenschaft im allgemeinen und somit auch der Öffentlichkeit. Wichtig ist es aber, einmal festzustellen, daß es ein großer Fehler ist, die Kollegenschaft Deutschlands in den Betrieben zu verlassen, daß man sich im Berliner Reichsbetrieb vollständig einigt mit der hauptsächlich von dem Kollegen Krummeier geleiteten hervorragenden Methode. Die Art und Weise dieses Kollegen, Verbands- und Parteipolitik miteinander zu verbinden, ist bei dem Antrag der Beitragsperre, der angeblich von den Mitgliedern der Reichsbruderei ausgegangen sein soll, klar zu Tage getreten. Der geistige Urheber dieses Antrages wagte es, den Namen einer nach vielen Jahren zählenden Kollegenschaft zu mißbrauchen, die mit diesem Antrag absolut nichts gemein gehabt hat und nach deren Meinungsäußerung überhaupt nicht gefragt wurde. Ihm unangenehme Wagner, die gegen diese Methode Einspruch erheben wollten, ließ man nicht zu Worte kommen. Daher bleibt der entrechteten Kollegenschaft der Reichsbruderei nichts übrig, als sich durch unsere Zeitung an die Verbandsmitarbeiter zu wenden und so das verbandsschädigende Treiben einer Gruppe von Parteifanatikern, geführt von Krummeier, gebührend zu kennzeichnen. Diese Leute, die die Anstandsregeln unter organisierten Arbeitern nicht zu kennen scheinen, nahen sich das Recht an, als berufene Führer der Mitglieder aufzutreten und ihnen parteipolitische Richtlinien zu geben.

Es wird von jedem einsichtigen Gewerkschaftler anerkannt werden, daß zu der Zeit, als wir nur eine sozialistische Partei in Deutschland hatten, es verständlich erscheinen konnte, wenn man den Vertrauenspersonen empfahl, sich der proletarischen Organisation auf politischem Gebiete anzuschließen. So verständlich dieses Verlangen damals war, so unverständlich ist es heute, von einem Proletarier durch einen Versammlungsbeschuß zu verlangen, er solle sich durch den Beitritt in eine der in Deutschland vorhandenen sozialistischen Parteien eine sozialistische Weltanschauung kaufen. Was von dem kommunistischen Krummeier dadurch begehrt werden soll, ist allzu durchsichtig: Man will die Kollegenschaft mittels des Vertrauenskörpers parteipolitisch beherrschen. Wohin würde das aber führen, wenn dieses Ziel jede einzelne Partei verfolgen wollte. Wo bliebe dabei wohl die parteipolitische Neutralität der Gewerkschaften.

Hermann Ludow, Reichsbruderei.

**Aus unserer Bewegung im Steinbrudergewerbe.**

Stuttgart.

Für unsere Kollegenschaft bei den Firmen S. Ebner, Göttsch u. Stähle, Gebert u. Beigel, Grapische Werkstätten, U. Lebi, Baasche u. Luz, Stähle u. Friedel, Wahler u. Schwarz und F. Mann in Cannstatt wurde vom Schlichtungsausschuß Stuttgart unterm 7. Januar 1921 folgender Schlichtungsbescheid gefällt:

„Mit Wirkung vom 1. Januar 1921 an erhalten die Steinbruderschlichtungs- und -arbeiterinnen der obengenannten neun Firmen auf die bestehenden Wochenlöhne folgende Zulagen:

Alter	männlich	weiblich
unter 15 Jahren	10,- M.	8,- M.
von 15 bis 17 Jahren	12,- „	9,- „
„ 17 „ 19	14,- „	10,- „
„ 19 „ 21	16,- „	12,- „
„ 21 „ 24	20,- „	14,- „
über 24 Jahre	26,- „	17,- „

Auf diese Zulagen dürfen die seit 1. November 1920 gewährten Zulagen in Anrechnung gebracht werden.“

Zu diesem Schlichtungsbescheid haben innerhalb der vom Schlichtungsausschuß festgesetzten Frist nachfolgende

Firmen keine Erklärung abgegeben: Göttsch u. Stähle, Grap. Werkstätten, U. Lebi, Baasche u. Luz, F. Mann. Die Firma Stähle u. Friedel hat den Schlichtungsbescheid unter Hinweis auf die am 1. November gegebenen Zulagen abgelehnt.

Unter Vorbehalt haben den Schlichtungsbescheid angenommen die Firmen: Wahler u. Schwarz, S. Ebner und Gebert u. Beigel.

Da wir nach wie vor auf die vorbehaltlose Anerkennung des Schlichtungsbescheides drängen, haben wir beim Arbeitsministerium die Verbindlichkeitsklärung des Schlichtungsbescheides beantragt. Sobald wir vom Arbeitsministerium einen Bescheid haben, wird die Kollegenschaft umgehend benachrichtigt werden.

**Gera.**

Die Durchführung des Reichstarifs für den Buchdruck in familiären Betrieben dieses Ortes ist erfolgt, die planmäßige Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse des Steinbruderschlichtungsbescheides in vollem Gange. Eine Stappe hierbei ist der Thüringer Bezirkstarif, dessen Basis der Saalfelder Ortsstarif bildet. Nachdem die nennenswerten Bau-Großbetriebe unter diesen Hut gebracht sind, erfolgte am 22. Februar ein überraschend geführter Stütztruppenangriff gegen die Mittel- und Kleinbetriebe, der nach fünfzigem Ausstände in der Vereinigten Kaufmannschaft mit einem vollen Erfolg für sämtliche Betriebe Geras endete. Außerhastige Disziplin und unbedingtes Vertrauen in die allerdings stark verschlechterten Maßnahmen der Führung zeitigten dieses Resultat. Nur noch zwei Orte dieses Gaus mit einigermaßen erträglichem Lohnstandes stehen außerhalb dieser tariflichen Ordnung. Trotz aller Diplomatie etwaiger Schutzverbände schlägt demnach auch ihre Stunde. Die Mindestlöhne für Gera betragen bis 31. März für verheiratete Steinschleifer 217,50 M., für ledige Steinschleifer 211,- M., für verheiratete Hilfsarbeiter über 24 Jahre 207,50 M., für ledige Hilfsarbeiter über 24 Jahre 201,- M., für Hilfsarbeiter von 21 bis 24 Jahren 168,50 M., von 19 bis 21 Jahren 148,- M., von 17 bis 19 Jahren 125,80 M., von 15 bis 17 Jahren 98,- M., im 15. Lebensjahr 72,50 M., Anlegerinnen an Offset und Rotari 129,50 M., Großformat und Rillput 120,50 M., Kleinformat und Buchdruck 116,50 M., Auslegerinnen über 20 Jahre 111,- M., von 18 bis 20 Jahren 106,50 M., unter 18 Jahre 97,50 M., Hilfsarbeiterinnen über 22 Jahre 106,50 M., von 20 bis 22 Jahren 101,75 M., von 18 bis 20 Jahren 88,- M., von 16 bis 18 Jahren 67,50 M., von 14 bis 16 Jahren 57,50 M.

**Die Reform der Sozialversicherung**

Von Bürgermeister Friedrich Klees.

Es braucht nicht erst näher bewiesen zu werden, daß unsere soziale Versicherung dringend der Reifegefahr bedarf. Zu großen und ganzen muß es sich dabei um handeln, sie den gänzlich veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen. Ist doch die Versicherung mit dem Wirtschaftsleben aufs engste verbunden. Folglich bedingt eine Aenderung dieses auch eine Umgestaltung der Versicherung. Diese Anpassung ist schon während des Krieges durch rund 100 Abgesetzte und Verordnungen begonnen worden. Sie ist aber noch im höchsten Grade ungenügend. Vor allem haben die Leistungen mit der fortschreitenden Selbstentwertung nicht gleichen Schritt gehalten. Beispielsweise reichen die Renten bei Unfall-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung noch viel weniger zum Lebensunterhalt aus wie früher. Auch organisatorisch muß manche Umgestaltung vorgenommen werden. Ramentlich muß die Verwaltung der Versicherung mit den veränderten politischen Einrichtungen in Einklang gebracht werden. Schließlich muß durch Sinecurearbeit der erwähnten Nachträge zur Reichsversicherungsbildung diese einheitlicher und übersichtlicher gestaltet werden.

Schon die im Sommer 1920 vorgenommenen Verbesserungen der Arbeiterversicherung sollten nach den ursprünglichen Regierungsentwürfen unter dem Einfluß der seinerzeit noch vorhandenen sozialistischen Reichsminister weitergehend sein, als sie schließlich ausfielen. So war auf dem Gebiete der Krankenversicherung vor allem die reichsgesetzliche Neueinführung und Regelung der Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden geplant. Man folgte hier den Vorschlägen des Bureau für Sozialpolitik und der Auskunftsstelle für Heimarbeiterversicherung in Berlin, die Festschließung des behördlich festgestellten Ortslohns (ortsbildlichen Tageslohn) als Grundlohn und somit als Maßstab zur Berechnung des Krankengeldes sollte nicht mehr zulässig sein. Aufgehoben werden sollte auch die Ausnahmebestimmung für Wandarbeiter in § 423 der Reichsversicherungsbildung, wonach in bestimmten Fällen das Krankengeld verfast oder gekürzt werden kann. Die Versicherungsberechtigung sollte erweitert werden und schließlich sollte den Krankenkassen gestattet sein, Gelder nicht nur für Zwecke der allgemeinen, sondern auch der besonderen (also der in einzelnen Fällen) auszugeben. Auf dem Gebiete der Unfallversicherung war eine anderweitige Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes vorgesehn. Dieser wird dieser nur zu 1800 M. voll, in dem übrigen Teil nur zu einem Drittel angerechnet. Nach den Regierungsentwürfen sollte die Grenze für die Vollberechnung auf 5000 M. festgelegt werden. Bei der Festschließung des Jahresarbeitsverdienstes für Land- und Forstarbeiter sollten nicht mehr die behördlichen Schätzungen, sondern die Tarifverträge herangezogen werden. In der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung sollten sämtliche Hausgewerbetreibende mit einbezogen werden. Weiter sollte eine Verringerung der Rohnklassen auf acht bis zum Jahresarbeitsverdienst von 5000 M. stattfinden.

Die Gründe, weshalb diese geplanten größeren Änderungen in letzter Stunde von der Regierung zurückgezogen werden und nur eine ganz und gar beschiedene Teilreform herauskam, sind nicht bekannt geworden. Man kann nur als wahrscheinlich halten, daß der Ausschuss des Reichstages, der zur Prüfung und Genehmigung solcher Verordnungen eingesetzt war, sie abgelehnt hat. Ich doch selbsteigentlich, daß sich der Ausschuss in einigen anderen sozialpolitischen Fragen ebenso rückständig benommen hat. Inzwischen haben nun alle bemerkenswerteren größeren sozialpolitischen Forderungen durch Eingaben usw. versucht, die bestehen gebliebenen Mängel zu beseitigen. So hat der Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen umfangreiche Reformvorschlüsse eingereicht, die namentlich auf eine Umgestaltung der Organisation der Versicherung (Einführung der Einheitskasse) hinstellen. Der Verband der Berufsgenossenschaften und Landesversicherungsanstalten will eine Erhöhung der Renten und damit im Zusammenhang eine Vermehrung der auszubringenden Mittel usw.

Reichsfinanzler Fehrendach kam in seiner Programmrede am 23. Juni 1920 im Reichstag mit besonderem Nachdruck auf die Dringlichkeit der Reform der Reichsversicherungsbildung zu sprechen. Inzwischen ist von den Ministerpräsidenten im Reichstag wiederholt berichtet worden, daß die einschlägigen Geheimschriften in Bearbeitung seien. Auch eine „Arbeitsgemeinschaft für die Neuordnung der Sozialversicherung“ hat sich neuerdings gebildet, deren Vorsitzender Professor Dr. E. Franke ist und zu deren Mitgliedern auch einige sozialdemokratische Sozialpolitiker gehören. Die Arbeitsgemeinschaft hat durch Herausgabe von Fragebogen usw. die Angelegenheit schon sehr gefördert.

Soweit die Regierungspläne bis jetzt bekannt geworden sind, soll eine großzügige Reform der Sozialversicherung auf später aufgeschoben werden. Jetzt seien weder Zeit noch Mittel dazu vorhanden. Die in Vorbereitung befindliche Novelle zur Reichsversicherungsbildung soll zunächst nur eine Reihe dringlicher kleinerer Fragen lösen. An größere organisatorische Veränderungen wird vorläufig nicht gedacht. Alle die vorhandenen Versicherungszweige, auch die Angelegtenversicherung, bleiben als selbständige Einrichtungen bestehen. Auch die Zusammenlegung von Versicherungsträgern soll nicht weiter gefördert werden: es bleiben z. B. alle Betriebs-, Innungs- und ähnliche Krankenkassen weiter erhalten. Die Erstattungen sollen sogar Vergünstigungen erhalten. Die Zersplitterung auf dem Gebiete des Krankentassenwesens soll durch Errichtung von Zwangsstellenverbänden (immer je einen für den Bezirk eines Versicherungsamtes) gemildert werden. Auch der Kreis der Versicherten bleibt im allgemeinen derselbe: Die so oft geforderte Krankentassenversicherung der selbständigen kleinen Gewerbetreibenden kommt noch nicht. In der Unfallversicherung soll die Versicherungsspflicht der Betriebsbeamten usw. ausgedehnt werden auf alle diejenigen, die nicht über 30 000 M. Jahresarbeitsverdienst beziehen. Die Neuerungen betreffen nur mehr Nebenangelegenheiten, wie das Nebewesen bei den Krankentassen, die Uebertragung freiwilliger Mitgliedschaft von der einen auf eine andere Kasse usw. Die so vielseitig geforderte Familienhilfe (ärztliche Hilfe, Heilmittel usw. für Familien, Angehörige der Kassenmitglieder) soll auch noch nicht kommen.

Man kann die Gründe für diese Eingehaltenheiten nicht einsehen. Eine Reihe von Fragen drängt unbedingt zur Lösung, die auch ohne nebensächliche Erhöhung der Beiträge gelöst werden kann. Es wird Sache der Arbeitgebervertreter im Reichstage sein, mit den nötigen Anträgen nachzuweisen und zu versuchen, eine einigermaßen brauchbare Reform zustande zu bringen.

## ■ ■ Aus unseren Zahlstellen ■ ■

**Cassel.** Der Streit der Buchdrucker in Cassel wurde nach fünfjähriger Dauer am Freitag, den 18. Februar, nachmittags, beigelegt. Es kam eine Vereinbarung zustande, nach der der seitiger Lohnzuschlag von 12% Prozent auf 1. Januar auf 15 Prozent und ab 1. März auf 17% Prozent erhöht wird. Wenn wir in der „Solidarität“ hierzu Stellung nehmen, so geschieht dies aus dem Grunde, weil auch ein Teil des Hilfspersonal ohne seinen Willen sich im Auslande befand. Die Casseler Prinzipale gaben eine Notizung heraus, die von ihnen selbst hergestellert wurde. Von dem Hilfspersonal wurde nun verlangt, an der Fertigstellung und an dem Versand der Notizung zu helfen. Mit Recht betrachtete das Hilfspersonal dieses Verlangen als Streikarbeit und verweigerte diese Arbeiten. Die Firma Gebrüder Gotthelf hat hierauf nicht allein die Buchdrucker, sondern auch tuzerhand elf Hilfsarbeiterinnen sofort entlassen. Herr Gotthelf selbst stand mit der Uhr in der Hand neben den Hilfsarbeiterinnen und forderte sie auf, binnen fünf Minuten den Betrieb zu verlassen, was dann auch geschah. Von mangelndem sozialen Verständnis des Betriebsinhabers zeugt es, daß er auch eine Hilfsarbeiterin aussperrte, der vor einigen Jahren durch einen an der Tagespresse erschienenen Unfall die rechte Hand amputiert werden mußte. Als die Verhandlungen der Gehilfen zu einer Einigung geführt hatten, verlangte unser Gauleiter, Kollege Raab-Frankfurt a. M., der ebenfalls zu den Verhandlungen erschienen war, die reflexlose Einstellung des Hilfspersonal und Bezahlung des entgangenen Arbeitsverdienstes. Nach längerem Jögern erklärte sich Herr Gotthelf bereit, die Arbeiterinnen restlos unter Bezahlung des entgangenen Arbeitsverdienstes gleichgültig mit den Gehilfen wieder einzustellen. Damit hatte für uns die Angelegenheit ihre Erledigung gefunden. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß das Hilfspersonal bis auf eine Ausnahme in diesem Kampfe geschlossen hinter der Gehilfenchaft stand und jede an sie gerichtete Aufforderung zur

Verrichtung von Streikarbeit auf das entschlossenste verweigerte.

**Frankfurt a. M.** In unserer Monatsversammlung am 18. Februar im Gewerkschaftshaus wurde beschlossen, sofort mit den Steinbruderbestimmern wegen Gewährleistung einer neuen Leertungsulage in Fühlung zu treten. Die Kollegen Raab, Bloß, Dreher und die Kollegin Besser wurden mit der Vertretung der Forderung beauftragt. Da die Erfahrung gelehrt hat, daß die Bestimmungen des Reichstarifs besonders bei der jüngeren Kollegenschaft sehr zu deren Schaden noch nicht genügend bekannt sind, hat der Vorstand beschlossen, bei Gelegenheit in Versammlungen hierüber aufklärend zu wirken. In Verfolg dieses Beschlusses hielt Kollege Raab einen etwa einstündigen Vortrag über den die Arbeitszeit und Pausen behandelnden Teil des Reichstarifs. In der nächsten Versammlung sollen kurze Erklärungen über den gleichen Teil des Tarifs aus den Reihen der Kollegenschaft folgen. Der hierauf folgende Bericht über die Leipziger Verhandlungen fand lange Gehör: In der Diskussion wurde dieses Angebot mehrfach als schändlich bezeichnet. Wenn auch einige Lebensmittel in den letzten Wochen etwas billiger geworden seien, so habe die Arbeiterschaft im graphischen Gewerbe noch immer nicht auch nur eine Mark für Anschaffung von Kleiderstoffen übrig. Sie wisse bald nicht mehr, womit sie ihre Wäsche bedecken solle. Anderwärts habe man wenigstens den Willen zum Helfen, nur bei den Buchdruckerbestimmern fehle noch immer jeder Anseh hierfür, und es sei Zeit, den Herren einmal zu beweisen, daß es mit diesen jämmerlichen Löhnen nicht länger mehr weiter gehe. Die Versammlung beschloß, mit den Gehilfen gute Fühlung zu halten und unsere Haltung in dieser Frage der Haltung der Buchdrucker sinngemäß anzupassen.

**Oeffentlichen (Westf.).** In der Generalversammlung am 1. Februar beschloß man sich u. a. mit der Durchführung des Reichstarifs. Es kam zum Ausdruck, daß die verworrenen Verhältnisse der ortstariflichen Bestimmungen nun durch eine reichstarifliche Regelung abgelöst werden seien, was sehr zu begrüßen sei. Wenn auch in Anbetracht der augenblicklichen Leertung die Lohnsätze für vollwertensfähige Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen nicht zufriedenstellend seien, so sei doch der Tarifabschluss zu begrüßen, auch insoweit die idealen Bestrebungen mehr in den Vordergrund gerückt sind. Spizu komme das Moment, daß auf der nun festgestellten Grundlage weitergebaut werden könne. Der Vorsitzende grüßte daran die Betrachtung, daß eine Ablehnung des Reichs mindere große finanzielle Nachteile den Provinzialmitgliedern gebracht hätten, wie auch eine Ablehnung sich zum Schaden unserer Gesamtorganisation ausgewachsen hätte, denn die Wirtschaftslage sei nicht dazu angetan, auf Sonderaktionen bzw. die eigene Kraft der Mitglieder große Hoffnungen zu setzen. Eine an sich wohl berechtigte Kritik fand die Differenz der Lohnsätze zwischen Angelernten und Hilfsarbeiterinnen, da doch beide Teile ein Jahr Berufsangehörigkeit haben müssen, um in den Genuss der vollen Lohnsätze zu kommen. Das Minimum der Industriezulage beträgt am hiesigen Ort z. B. für Angelernten 163,35 M. (In vielen Fällen brachte der Reichstarif z. B. 40.— M. Zulage). Der Reichstarif ist zurzeit wohl für vier Fünftel der Mitglieder in Kraft getreten; in einigen Fällen, besonders kleineren Firmen, darunter wie immer die Firmen Schaller Ztg., Scholz u. Co. und Schmidt u. Schubert, mußte das Schiedsgericht angerufen werden, dessen Entscheidung noch aussteht. Die Driftelung wird nichts unberührt lassen, den Mitgliedern zu ihrem Rechte zu verhelfen. Man mach die Beobachtung, daß gerade bei den Betrieben, die es verstehen, ihre Rechte bis zum letzten i-Punkt zu wahren, die Rechte unserer Mitglieder mit großer Dehnbarkeit behandeln bzw. durch allerlei Verkaufungen zu Unrecht gestempelt werden. Weiter kam die Agitation der Christlichen zur Sprache. Der Guttenbergbund, fräglich unterstützt durch die Junglings- und Jungfrauenvereine, versucht, unsere Mitglieder auf seine Seite zu ziehen. Der Grundgedanke wird klar ausgesprochen: da der Reichstarif durch die Kraft unserer freien Organisation zur Durchführung gelangt ist und man wirtschaftlicher nun doch etwas gesicherter dasteht, hat man nun nicht mehr nötig, Mitglied unseres „sozialdemokratischen“ Verbandes zu sein! Unsere Mitglieder aber scheinen, im Bewußtsein, daß sie nur durch unsere starke freie Organisation eine ständige Besserung ihrer Lage erwarten können, auf den Köder nicht hereinzufallen, denn wohl ist ein Abgang von drei zu verzeichnen, dem ein Zugang von circa 20 gegenübersteht, so daß unser Bestand zurzeit circa 100 beträgt. Selbstman mutet es an, daß von den der anderen Futalität es gut genug ist, sich von uns ihrer Lage verbessern zu lassen und dann hinterher zu schreien, daß ihnen eine Gemeinschaft mit uns nicht paßt! Die Vorstandswahl ergab einige Veränderungen. Da für den 1. Vorsitzenden, der sein Amt niederlegen wollte, keine anderen Vorschläge gemacht wurden, erklärte sich Kollege Lohmann schließlich bereit, den Vorpost vorläufig weiter zu führen; Kassierer wurde Kollege Joh. Krämer. Unser Fest am 8. Januar verlief in sehr gemüthlicher Weise. Nach einigen Anfragen und Erklärungen des neugeschaffenen Reichstarifs durch den Vorsitzenden wurde die Versammlung geschlossen.

**Kaiserslautern.** Mitgliederversammlung vom 17. Febr. 1921. Der Vorsitzende, Kollege Rieger, machte einleitend der Versammlung darauf aufmerksam, daß die Sprechstunden des Kassierers streng einzuhalten sind. Für die Betriebskräte findet ein zwischwöchentliches Ausbildungsfest statt, zu deren Besuch unser Vertreter, Kollegen und Kolleginnen verpflichtet sind. Bei den jetzt stattfindenden Betriebsratswahlen stellte Kollege Rieger fest, daß wir in zwölf Betrieben die Berechtigung zur Aufstellung von Betriebskräten haben; er ersuchte die Kollegen und Kolleginnen der betreffenden Betriebe, ihrer Würde entsprechend Anspruch zu erheben, denn nur

wir Hilfsarbeiter sind am besten in der Lage unserer eigenen Interessen zu vertreten. Beim Punkt Lohn- und Tariffragen gab Kollege Barth einen Bericht über den eingereichten Tarif an die hiesigen Steinbrudereien. Er stellte fest, daß in den nächsten Tagen die ersten Verhandlungen beginnen werden und ersuchte die Kollegen und Kolleginnen vom Steinbrud, durch Einigkeit und Geschlossenheit die Verhandlungskommission zu unterstützen. Die Wirtschaftsbeihilfe im Buchdruck wurde von der Versammlung als ungenügend bezeichnet. Die Druckerbetriebe wurden ermahnt, dafür zu sorgen, daß diese Wirtschaftsbeihilfe überall richtig ausbezahlt wird. Es wurde noch bekannt gemacht, daß in jeder Versammlung ein belehrender Vortrag gehalten werden soll.

**Leipzig.** Generalversammlung vom 14. Februar. Der Vorsitzende, Kollege Beyer, begrüßte zuerst den aus ruffischer Gefangenenschaft zurückgekehrten Kollegen Walter Großschel. Hierauf gedachte er in ersten Worten denjenigen, welche der Lob im vergangenen Geschäftsjahr aus unserer Mitte gerissen hat. Die Versammlung ehrte das Andenken der Verstorbenen in der üblichen Weise. Zu dem Bericht über die Verwaltungstätigkeit übergehend verwies er auf den gedruckt vorliegenden Jahresbericht und empfahl ihn einer genauen Durchsicht. Er führte aus, daß es ihm während seiner Tätigkeit als Vorsitzender und Gauleiter gelungen ist, verschiedene Mißstände zu beseitigen. Die vor den zuständigen Instanzen erhobenen Klagen haben den Unternehmern klar gemacht, daß auch die Hilfsarbeiterchaft ausgedacht ist und nicht mehr alles über sich ergehen läßt. Er streifte noch kurz die im März vorigen Jahres stattgefundenen Bewegung der Hilfsarbeiterchaft Leipzigs und betonte, daß dieselbe auch nicht purlos an den Unternehmern vorübergegangen sei. Die Bereitwilligkeit, auch mit den Hilfsarbeitern tarifliche Abmachungen zu treffen, bewies dies. Auf die Einführung des Reichstarifs sowie auf den zuletzt erfolgten Abschluß im Steinbrudergewerbe verwies, glaubte er seine Kraft zum Wohle der Mitglieder in den Dienst seiner Sache gestellt zu haben. Zum Kasienbericht sprach Kollege Wollen. Er ging auf die im Geschäftsjahr erfolgten Erhöhungen der Beiträge und auf den damit verbundenen Mehrgewinn im allgemeinen ein. Weiter brachte er die Unzureichlichkeit einiger Betriebskassierer zur Kenntnis der Versammlung. Die betreffenden haben das Vertrauen der Mitglieder schwer verletzt, und er empfahl den Anwesenden, besonderes Augenmerk auf diese Personen zu haben, falls sie irgendwo auftauchen. Namens der Parteidelegierten berichtete die Kollegin Anna Koy (Groß) über die im Jahre geleistete Tätigkeit zu den von Regierung und Behörden erfolgten Erlassen, sowie die Versuche, der Bevölkerung billige Lebensmittel zu verschaffen. Der Bildungsbestrebungen hat sich das Kartell ganz besonders angelegen sein lassen. In der Diskussion war man im allgemeinen mit den gemachten Ausführungen einverstanden und sprach der Verwaltung volles Vertrauen aus, nur die Kollegen der am weitesten links stehenden Partei konnten es nicht unterlassen, Kritik an der Taktik der Gewerkschaften zu üben, obwohl zugegeben werden mußte, daß an der Arbeit der Verwaltung selbst keine besonderen Mängel herzuhaben sind. Gegen Tarifabschlüsse, gegen Arbeitsgemeinschaften, sowie gegen das Schema des Verhandels mit den Unternehmern überhaupt, zogen sie zu Felde. Nicht geringe Zulagen und keine Zugeständnisse seien dazu angetan, die Lage der Arbeiter zu bessern, sondern man müsse daran gehen, die Gewerkschaften zu Klassenkampforganisationen umzubauen. Die Kollegen der anderen Seite hoben hervor, daß man nicht mit Worten der Kollegenschaft helfen könne. Laten wolle man sehen, und die habe man bis jetzt immer noch bei den radikalen Kritikern vermisst. Zur Neuwahl der Verwaltung, der Kartellbelegierten und Revisoren hatte man sich in vorausgegangener Funktionärskonferenz auf eine Liste geeinigt. Besonders Verdragen, sogar Unwillen, erregte es daher, daß in der Versammlung von kommunistischer Seite aus die Verteilung von Zeiteln mit neuen Vorschlägen vor sich ging. Dieser Vorgang, welcher geeignet war, Zersplitterung in die Reihen der Kollegenschaft zu tragen, wurde von der Versammlung scharf geurteilt und vom Vorsitzenden energisch verurteilt, so daß sich die Kommunisten gezwungen sahen, die weitere Verteilung ihrer Zettel einzustellen. Wie strupellos von seiner Seite versucht wurde die Mehrheit zu erlangen, zeigt folgender Vorgang: Ein Kollege der K. P. D. hatte sein Mitgliedsbuch einem seiner Parteifreunde übergeben, welcher, berufstrem und unserer Organisation nicht angehörend, versuchte, sich damit Eingang in die Versammlung und Stimmrecht zu verschaffen. Unsere scharfe Türkontrolle verhinderte jedoch diesen Plan und zeigte zugleich, mit welchen schätzbaren Mitteln die K. P. D. arbeitet. Eine Resolution, welche sich mit den kommunistischen Antrieben nicht einverstanden erklären konnte, der jetzigen Verwaltung volles Vertrauen ausdrückte und ihre Wiederwahl empfahl, fand lebhafteste Zustimmung. Das Ergebnis der Wahlen gestaltete sich wie folgt: Ortsvorstand: Als Vertreter für die Buchdruckpartei Erwin Dorloz, Richard Springer, Otto Rohland, Klara Gelske, Helene Kollisch, für Steinbrud Alfred Bachmann, Felix Lindner, Olga Heidenreich, für Schriftgießereihilfspersonal Alfred Dertel. Gewerkschaftskartell: Karl Wollen, Otto Hesse, Karl Engelmann, Alfred Ziepner, Anna Koy (Groß), Revisoren: Otto Hesse, Karl Grobmann, Georg Stamm, Klara Liebling.

**München.** In der Generalversammlung, die am 16. Februar in den Colosseumbierhallen stattfand, ehrte der Vorsitzende in einem kurzen Nachruf das Ableben des Kollegen Max Mühlberger. Die Kassiererinn erstattete den Kasienbericht, der mit 150 714.50 M. in Einnahmen und Ausgaben bilanzierte. Der Lokalfestabend beträgt 80 862.42 M. und der Bestand der Betriebskasse 730.36 M. Der Mitgliederbestand ist zurzeit 440 männlich

1876 und 1879 weibliche, zusammen 1738. Den Bericht der Revisoren gab Kollege Gerlmeyer. Er beklagt, daß alles in bester Ordnung vorgefunden wurde. Hierauf gab der Vorsitzende den Jahresbericht und hob hervor, daß der Verband auch in diesem Jahre in erster Linie die Lohn- und Arbeitsbedingungen seiner Mitglieder zu bessern versuchte. Bismarck ist es gelungen, neue Feuerungszulagen für das Hilfspersonal in den Buchdruckereien zu erhalten. Das Mehr, welches für die einzelnen Kategorien erkämpft werden konnte, beträgt bei den Hilfsarbeitern 74,- M., bei den Anlegerinnen 83,70 M. und bei den Hilfsarbeitern 125 M. pro Woche. Dieses Mehr ist nach dem Minimum des Reichstarifes errechnet. Die letzte Beschaffungsteilnahme sowie der Nacharbeiterzuschlag ist nicht mit inbegriffen. Für das Hilfspersonal in den Steindruckereien wurde ein Ortsstarif abgeschlossen, der mit den letzten Feuerungszulagen im Januar die reichstärklichen Löhne größtenteils erreichte. Im Fingerring wurde im Laufe des Geschäftsjahres ebenfalls ein Tarifvertrag abgeschlossen, der die Lebensfrage dieses Berufsbezuges um ein sehr gutes Stück vorwärts brachte. Wenn das Existenzminimum trotzdem für den einzelnen Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterin nicht erreicht werden konnte, so lag das nicht an uns; immerhin aber muß angegeben werden, daß der Verband nach Lage der Verhältnisse seine volle Pflicht und Schuldigkeit tat. Die Tätigkeit der Verwaltung spiegelt sich in 9 Mitgliederversammlungen, 25 Geschäftsjahresversammlungen, 22 Verhandlungen mit den Prinzipalen und 11 Verwaltungsstörungen. Das Gewerbegericht bzw. der Schlichtungsausschuß mußte in 11 Fällen in Anspruch genommen werden und mit Ausnahme eines Falles waren alle von Erfolg begleitet. Ferner fanden noch 2 Tarifschlichtungsgerichtsstörungen, 2 Vertrauensmännerberatungen und 15 Sitzungen im Graphischen Kartell statt. Der Vorsitzende dankte allen denen, die die Verwaltung bei ihrer Arbeit unterstützten und gab der Hoffnung Ausdruck, daß der Bericht im nächsten Jahre ein noch besserer sein möge. Soll dies aber geschehen, wird es notwendig sein, daß der praktischen Gewerkschaftsarbeit seine Schwierigkeiten gemacht werden, denn nur die Gewerkschaften allein werden das kümmerliche Dasein der arbeitenden Massen gegenüber dem Ausbeutertum zu schützen wissen. Die Wahl der Ortsverwaltung ergab keine Aenderung. Als Delegierte zum Gewerkschaftsbund wurde die Kollegin Auerhammer neu gewählt. Als Mitglieder zum Hilfsarbeitertarifschlichtungsgericht wurden die Kollegen Bauer, Alois Maier, Fanny Haban, Richard Wagner, Anna Hofmann und Valentin Hägele und als Mitglieder der Arbeitsnachweiskontrolle die Kollegen Langhauser, Wismann und die Kollegin Eierhammer gewählt. Als Delegierte zum Graphischen Kartell gingen aus der Wahl die Kollegen Schmid, Hörmann, Bauer, Marie Aicher und Lehmeier hervor. In der Diskussion schilderte Kollege Schmid, wieweil ungeheure Arbeit und Schwierigkeiten zu überwinden waren, bis der Stand der Gewerkschaften auf die heutige Höhe gebracht wurde. Er verurteilte in scharfen Worten die Wählbarkeit der Kommunisten, die mit „Eiß, Schamlosigkeit und Lüge“ die Gewerkschaften zu ihren politischen Zielen mißbrauchen wollten. Er erntete mit seinen Ausführungen reichen Beifall. Kollege Wagner vertrat die gegenteilige Auffassung, während Kollege Hörmann sich in seinen Ausführungen auf bereits Bemerktes vom allgemeinen gewerkschaftlichen Standpunkte aus beschränkte. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten und nach Ausschluß des ehemaligen Kollegen Höfner, der von der Polizei heimlich verfolgt wird, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

## Rundschau

- Internationale Arbeitskonferenz.** Die endgültige Lageordnung der dritten Tagung der durch Art. 389 des Friedensvertrages vorgesehenen Internationalen Arbeitskonferenz, die im Oktober 1921 in Genf stattfanden wird, lautet folgendermaßen:
1. Neugefaltung der Verfassung des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes.
  2. Anpassung des Washingtoner Beschlusses betreffend die Regelung der Arbeitszeit auf die Landarbeit.
  3. Anpassung der anderen Beschlüsse von Washington auf die Landarbeit:
    - a) Mittel zur Verhütung der Arbeitslosigkeit;
    - b) Schutz der Frauen und Kinder.
  4. Besondere Schutzmaßnahmen für die Landarbeiter:
    - a) Landwirtschaftlicher technischer Unterricht;
    - b) Unterkunft und Schlafgelegenheit der Landarbeiter;
    - c) Sicherstellung des Vereins- und Koalitionsrechts;
    - d) Schutz gegen Unfälle, Krankheit, Invalidität und Alter.
  5. Desinfektion der mit Brandbrennen befallenen Wolle.
  6. Verbot der Verwendung von Weisweiß in der Malerei.
  7. Die wöchentliche Ruhezeit im Gewerbe und Handel.
  8. a) Verbot der Beschäftigung jugendlicher Personen unter 18 Jahren in Bunkern und Heizräumen.
    - b) Obligatorische ärztliche Untersuchung der an Bord von Schiffen beschäftigten Kinder.

Die Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine, Hamburg, erzielte im Jahre 1920 einen Umsatz von 49 225 205 M. (1919: 13 208 203 M.), davon entfielen auf die Abteilung Buchdruckerei und Papierwarenfabrikation 39 185 184 M. (10 498 081 M.), auf die Verlagsabteilung 10 040 029 M. (2 709 033 M.), auf die Elektrizitätswerke 320 062 M. (101 089 M.). Die Erhöhung des Umsatzes ist zum größten Teil durch die erhöhten Preise bedingt. Es kommen jedoch in einzelnen Abteilungen, hauptsächlich in der Rollenmarkenfabrikation, auch beträchtliche hinsichtlich der Menge in Betracht, da im ersten Halbjahr die Aufträge sehr reichlich

eingingen und die Gesellschaft auch Gelegenheit hatte, für mehrere Verbände im Auslande größere Rollenmarken herstellen zu können. Die Versicherungsabteilung hat ihren Umsatz im Jahre 1920 beträchtlich erhöht. Es ist dies eine Folge des Mehrwerts der Warenbestände bei den Vereinen und auch der erhöhten Werte der Mobilien bei der Mitgliederversicherung. Durch die Erhöhung der Versicherungssummen kommen erhöhte Prämieinnahmen in Erscheinung. Der Umsatz selbst würde ein noch viel höherer sein, wenn die Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine wie alle übrigen Versicherungsgesellschaften im ganzen Jahre den Feuerungszuschlag für die von ihr abgeschlossenen Versicherungen erhoben hätte. Letzteres ist jedoch bis zum 1. Oktober 1920 vermindert worden; nur infolge der immer weiter steigenden Erhöhung der Unkosten blieb kein anderer Ausweg übrig. Der Feuerungszuschlag ist aber bedeutend niedriger als bei den übrigen Versicherungsgesellschaften. Im neuen Geschäftsjahre hat der Betrieb leider infolge Abschließung über stark verminderte Beschäftigung zu klagen, was um so bedauerlicher ist, als in ihm über 600 Personen ihre Existenz finden.

Die Kammer für Arbeitsfreistellen beim Gerichtshof des Völkerbundes, den die erste Hauptversammlung in Genf errichtet hat, ist wie die „Soziale Praxis“ schreibt, dort beschlossen worden. Ihr sollen alle Streitfälle, die nach Artikel 13 des Friedensvertrages dem Internationalen Gerichtshof zugewiesen werden können, verhandelt werden. Um die erforderliche Sachkenntnis dieser Kammer zu gewährleisten, werden zu den ständigen Richtern noch Beisitzer mit beratender Stimme hinzugezogen. Diese faderständigen Beisitzer werden aus einer Liste entnommen, für die jedes Mitglied des Völkerbundes zwei Namen nennt. Ebenso viele nennt der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes und zwar je zur Hälfte Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

**Unterbringung Schwerkrankenbeschädigter.** Zwei Schwerkrankenbeschädigte als Korrektoren nach Berlin, je ein Schwerkrankenbeschädigter als Korrektor nach Leipzig und Unflam gesucht. Anmeldungen sind an das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker, Berlin SW. 48, Friedrichstr. 239, zu richten.

**Heimlose Buchdrucker.** Aus Bromberg Ausgewiesene suchen Stellung als Metteur, Leitungs-korrektor oder Handfeger. Offene Stellen werden an das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker, Berlin SW. 48, Friedrichstr. 239, erbeten.

## Eingegangene Druckschriften

Deutscher Textilarbeiter-Verband. Denkschrift über die 46-Stundenwoche in der Textilindustrie. Berlin 1921. Selbstverlag, Berlin, Magazinstr. 6/7.

In der soeben erschienenen Nr. 4 der „Sozialen Bauwirtschaft“ ruft der Leitartikel Am Scheidewege die Mietrotorganisationen, die hausgenösslichen Hand- und Kopfarbeiter und die gemeinnützigen Siedlungs- und Wohnungsfürsorgegesellschaften zum energischen Widerstande gegen die von Wobenspelantanten, Baustoffhändlern, Privatarchitekten, Hypothekensbanken und Hausbesitzern betriebene eigennützige Wohnungspolitik auf. Auch dieses Heft zeigt, daß die Herausgabe der Zeitschrift eine Notwendigkeit gewesen ist. Unsere Fraktionen in den Städten und Gemeinden sollten auf Abonnement der „Sozialen Bauwirtschaft“ von Gemeinde wegen bringen und dafür sorgen, daß die besetzte Zeitschrift auch in die rechten Hände gelangt und daß ihr Inhalt gelesen wird. Wir stehen in der Tat an einem Scheidewege in der Wohnungsfrage, die einen Komplex von Fragen umschließt, die alle der Lösung harren und nur auf dem Wege des Sozialismus gelöst werden können.

„Die Arbeiterjugend im neuen Gewande.“ Die „Arbeiterjugend“, die mit dem neuen Jahre in ihren 13. Jahrgang eingetreten ist, erscheint jetzt als Zeitschrift. Die vorliegende Nr. 1 präsentiert sich als 40 Seiten starkes, hübsch ausgestattetes Heft von ungem. reichem Inhalt. Das künstlerisch wirkungsvolle Umschlagbild und das dem Text vorangestellte Wölkchen in dem unser kampfstrohes Jungvolk wuchtig symbolisiert wird, zeichnete diese Schöne-Schur. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die „Arbeiterjugend“ als Zeitschrift, von R. Korn; Weshalb sind wir Sozialisten? von Richard Lehmann; Komm mit, von Kurt Hellbut; Internationale Jugendkonferenz in Kiel; Aufbauende Arbeit, von Richard Weimann; Der Geist von Weimar; „Eine Auseinandersetzung“ (in Beiträgen von Jakobson, Kiel; Müller-Berlin, Heiland-Berlin, Menhauer-Magdeburg); Clemens Brentano, von Henni Lehmann; Bauer, begreift du nicht? S. Thurov usw. Situationsbilder aus der Bewegung, Berichte über die gegnerischen Bewegungen u. a. m. Außerdem ist eine schwingvolle Originalkomposition des Liedes „Der junge Arbeiter“ von Max Barthel zu erwähnen. Die „Arbeiterjugend“ ist einzeln am besten durch die Post oder von der Buchhandlung Vorwärts, Berlin S. W. 68, Lindenstr. 3, zu beziehen. Preis 3,- M. pro Quartal, für unsere „Arbeiterjugendvereine“ 2,- M.; das einzelne Heft kostet 1,- M.

## Abrechnungen

Das 4. Quartal haben abgerechnet:  
 Gau Schlesien: Breslau 12 224.41, Orien 682.60, Friebland 539.50, Glas 203.90, Glogau 1710.63, Göttrich 1945.07, Grünberg 229.50, Strichberg 489.03.

Wauban i. Schl. 294.40, Wetzlar 1062.80, Neurobe 1985.50, Rattowitz 74.80, Ratibor 118.16, Waldenburg 1699.90, Witzgahler 848.95 M.

Berlin, den 26. Februar 1921. S. Kobasch.

## Tarifamt der Deutschen Buchdrucker

**Dreizehnteljährlicher Nachtrag**  
 zum Verzeichnisse der den Tarif anerkennenden Firmen vom 30. April 1914.

(Die nachstehenden Firmen haben um Aufnahme in die Tarifgemeinschaft nachgesucht. Falls nicht innerhalb vier Wochen vom Tage der Veröffentlichung an begründete Proteste gegen die Aufnahme derselben beim Tarifamt einlaufen, gelten die Firmen als aufgenommen.)

- I. Kreis. Hannover: Oplig, Ernst. — Hildesheim: Kellner, Hermann; Oltersdorf, Artur.
- II. Kreis. Witzburg (Bez. Trier): Goergen u. Wang, S. m. b. H. („Witzburger Zeitung“). — Dillingen (Saar): Saarbrück, S. m. b. H. — Enger: Niemann, Gottl. — Rheine: „Emsland Drucker“; Guesmann, Koorsen u. Co. — Wipperfurth: Wipperfurth Drucker, S. m. b. H.
- III. Kreis. Darmstadt: Buchdruckergemeinschaft, e. S. m. b. H. — Frankfurt a. M.: Stern, Ludwig. — Kassel: Brüdner u. Co. (Ernst Brüdner); Müller, Gebr. (S. Meister und G. Fißcher). — Mainz: Jannermann, J., Sohn.
- IV. Kreis. Krefeld: Kref. D.
- V. Kreis. Aachen: Mayr, Karl. — Hofl. O.: Beckmann, Karl. — Laingen (Donau): Bayerische Kauterfabrik (Karl Joseph Schmid). — München: Schumacher, Anton.
- VII. Kreis. Chemnitz: Pollat, Emil. — Dresden: Jentsch, Wilhelm. — Geringswalde: Rauch, August. — Leuzsch: Hübn, Gebr. — Markneukirchen: Hofmann, Friedrich. — Zittau: Verlag der „Wahrheit“, Gustav Bauer.
- VIII. Kreis. Berlin: Wodschorski, Wilhelm; Grünbeil, Artur. — Pankow: Breugschat u. Hipp. — Schönberg: Sieber, S. u. Söhne (Gustav Sieber). — Stettin: Berg u. Engel (Fritz Berg).
- IX. Kreis. Bielefeld (D.-S.): „Oberfließische Zeitung“, S. m. b. H.
- X. Kreis. Kiel: Müller, Hugo. — Saboe bei Kiel: Fröhlich, Reinhold.
- XI. Kreis. Schönlanke: Deuß, Gebrüder; Krenn, Gch. („Schönlanke Zeitung“).

Aus dem Verzeichnisse der tariffreien Buchdruckereien wurden gestrichen die Firmen:

- IV. Kreis. Buchdruckerei Heinrich Haar in Schwab. Gmünd.
  - V. Kreis. Buchdruckerei Franz Leusch in Gerolzhofen (H.-R.).
  - VII. Kreis. Buchdruckerei G. Lange u. Söhne in Meerane. — Julius Fiebig in Plauen i. O.
  - XI. Kreis. Buchdruckerei Friedrich Hüffel („Briefetal-Vote“) in Bad Birkenwerber bei Berlin. — Buchdruckerei Walter Kruse in Storkow i. M.
- Berlin, 19. Februar 1921.  
 J. H. Paul Schliebs, Geschäftsführer.

## Anzeigen

Unserer lieben Kollegin Minna Büchel und ihrem lieben Gemahl Herrn Paul Wiesener die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.  
 Die Kolleginnen und Kollegen der Zahlstelle  
 Frankfurt a. D.

Unserer lieben Kollegin Frieda Ruth nebst ihrem Gemahl Heinz Braun nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur stattgefundenen Vermählung.  
 Die Zahlstelle Lüdenscheid.



Am 18. Februar 1921 verschied unsere liebe Kollegin, die Anstiegerin  
**Gertrud Hellwig**  
 (i. Fa. C. & H. Röder)  
 im klärenden Alter von 18 Jahren.  
 Ein ehrendes Andenken bewahrt ihr  
 Die Zahlstelle Leipzig.

Am 28. Februar 1921 verstarb nach längerem Leiden unsere liebe Kollegin  
**Berta Eiges**  
 (i. Fa. Fritz Eilers jr.)  
 im Alter von 17 Jahren.  
 Ruhe sanft!  
 Die Zahlstelle Bielefeld.